-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Pflegeversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Soziale Pflegeversicherung – Vergütung stationärer Pflegeeinrichtungen – Festsetzung von Pflegesätzen und Entgelten im Schiedsverfahren – Untersuchungsgrundsatz – Nachweise zur Plausibilisierung der voraussichtlichen Gestehungskosten – Überzeugungsbildung der Schiedsstelle – eingeschränkte gerichtliche Überprüfbarkeit
Leitsätze	Inwieweit einer Schiedsstelle im Rahmen ihrer Überzeugungsbildung die von der Einrichtung nach Maßgabe der pflegeversicherungsrechtlichen Anforderungen vorzulegenden Nachweise zur Plausibilisierung der voraussichtlichen Gestehungskosten ausreichen oder nicht ausreichen, unterliegt ihrer gerichtlich nur eingeschränkt überprüfbaren Einschätzung nach Maßgabe des Untersuchungsgrundsatzes.
Normenkette	SGB XI § 76; SGB XI § 84; SGB XI § 85; SGB XI § 87

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

2. Instanz

Aktenzeichen	L 12/15 P 51/19 KL
Datum	25.03.2021

3. Instanz

Datum	19.04.2023

Â

Die Revision wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die KlÃ¤gerin trÃ¤gt die Kosten des Revisionsverfahrens mit Ausnahme der auÃ□ergerichtlichen Kosten der Beigeladenen.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Im Streit stehen Darlegungsanforderungen einer stationÃ¤ren Pflegeeinrichtung im Schiedsverfahren Ã¼ber PflegesÃ¤tze und Entgelte fÃ¼r die Zeit vom 1.4.2019 bis 31.3.2020.

2
Nach erfolglos gebliebenen VergÃ¼tungsverhandlungen setzte die beklagte Schiedsstelle die PflegesÃ¤tze und Entgelte fÃ¼r das von der klagenden EinrichtungstrÃ¤gerin betriebene Alten- und Pflegezentrum abweichend von deren AnsÃ¤tzen fest (Beschluss vom 29.9.2019). Die KlÃ¤gerin habe die prospektiven Gestehungskosten mit dem Verweis auf nur fÃ¼r einen Monat kurz vor Beginn der neuen Pflegesatzverhandlungen nÃ¤her aufgeschlÃ¼sselte Personalkosten nicht nachvollziehbar und plausibel dargelegt. Offen geblieben sei, wann geltend gemachte ErhÃ¶hungen der Mitarbeiterentgelte umgesetzt worden seien. Nicht belegt sei, dass in der Kalkulation eingestellte Leiharbeit Ã¼bergangsweise erforderlich sei und mit dem kalkulierten Mehrkostenanteil zum Tragen komme, weil sie lediglich fÃ¼r November 2018 nachgewiesen sei. Ableitungen der Kosten fÃ¼r Leitung und Verwaltung, Sachkostensteigerungen sowie Fremddienstleistungen seien nicht nachvollziehbar und plausibel dargelegt, weshalb Gewinnmargen bestehen kÃ¶nnten.

3
Das LSG hat den Schiedsspruch aufgehoben und die Beklagte verpflichtet, Ã¼ber den Antrag auf Festsetzung von PflegesÃ¤tzen und Entgelten unter BerÃ¼cksichtigung der Rechtsauffassung des Senats erneut zu entscheiden (Urteil vom 25.3.2021). Zwar fehle es an einer plausiblen Darlegung der prospektiven Personal- und Sachkosten. Bezogen auf den Vorvereinbarungszeitraum mangele es an aussagekrÃ¤ftigen und belastbaren Belegen zu tatsÃ¤chlichen Lohnzahlungen sowie Angaben zur an die Zentralverwaltung erbrachten Umlage, zu den Kosten fÃ¼r Fremdleistungen und den auf LeiharbeitskrÃ¤ften, mÃ¶glicherweise aber auch auf anderen Sachverhalten beruhenden Betriebsverlusten. Jedoch hÃ¤tte die Beklagte die von ihr fÃ¼r erforderlich gehaltenen Unterlagen zur Plausibilisierung der VergÃ¼tungsforderung konkretisieren und der KlÃ¤gerin Gelegenheit geben mÃ¼ssen, diese binnen einer angemessenen Frist vorzulegen.

4
Mit ihrer vom Senat zugelassenen Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin einen VerstoÃ□

insbesondere gegen Â§ 85 Abs 3 SGB XI. Auf der Grundlage des Urteils des erkennenden Senats vom 26.9.2019 (Verweis auf B 3 P 1/18 R â BSGE 129, 116 =Â SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 5) habe das LSG zu Unrecht in die PlausibilitÃ¤tsprÃ¼fung bereits eine AngemessenheitsprÃ¼fung âintegriertâ. Die vom Gesetzgeber geforderte ProspektivitÃ¤t der PflegesÃ¤tze stehe dem Ansatz der Schiedsstelle, eine âvertiefende PrÃ¼fung der Kostenstrukturâ der KlÃ¤gerin vorzunehmen und ihre Wirtschaftlichkeit und LeistungsfÃ¤higkeit fÃ¼r den vorausgegangenen Pflegesatzzeitraum festzustellen, entgegen. Der Streitgegenstand sei auf die strittigen Leasingkosten fÃ¼r PflegekrÃ¤fte und die Bemessung eines angemessenen Risikozuschlags beschrÃ¤nkt.

5
Die KlÃ¤gerin beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 25.Â MÃ¤rz 2021 zu Ã¤ndern und die Beklagte zu verurteilen, unter Beachtung der Rechtsauffassung des erkennenden Senats erneut zu entscheiden.

6
Die Beklagte und die Beigeladene stellen keine AntrÃ¤ge.

II

7
Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin ist nicht begrÃ¼ndet (Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG). Zutreffend hat das LSG entschieden, dass die dem Schiedsspruch der Beklagten zugrunde liegenden Anforderungen an die Plausibilisierung der von der KlÃ¤gerin geltend gemachten Gestehungskosten nicht zu beanstanden sind.

8
1.Â Gegenstand des Revisionsverfahrens ist das Urteil des LSG, mit dem es die mit Schiedsspruch der Beklagten vom 29.9.2019 fÃ¼r den Zeitraum vom 1.4.2019 bis 31.3.2020 festgesetzten PflegesÃ¤tze und Entgelte fÃ¼r das von der KlÃ¤gerin betriebene Alten- und Pflegezentrum B aufgehoben und die Beklagte zum Erlass eines neuen Schiedsspruchs unter Beachtung seiner Rechtsauffassung verurteilt hat. Hiergegen wendet sich die KlÃ¤gerin mit ihrer Revision, mit der sie begehrt, dass die Schiedsstelle bei ihrer erneuten Entscheidung statt der Rechtsauffassung des LSG diejenige des erkennenden Senats zugrunde zu legen hat.

9
2.Â Verfahrensrechtliche Hindernisse stehen einer Sachentscheidung des Senats nicht entgegen. Insbesondere ist die KlÃ¤gerin durch das angegriffene Urteil beschwert, obgleich ihrem Klageantrag auf Aufhebung des Schiedsspruchs und Verurteilung zur neuen Entscheidung formal entsprochen worden ist. Unter BerÃ¼cksichtigung des Rechtsgedankens des Â§Â 131 AbsÂ 3 SGG kann sich in den vorliegenden Konstellationen eine Beschwer durch die Entscheidung des LSG daraus ergeben, dass die vom LSG in dem rechtskraftfÃ¤higen Inhalt der Entscheidung zugrunde gelegte, der Schiedsstelle vorgegebene Rechtsauffassung nicht mit derjenigen Ã¼bereinstimmt, die von der KlÃ¤gerin vertreten wird (vgl

etwa BSG vom 13.5.2015 Â BÂ 6Â KA 20/14Â RÂ BSGE 119, 43Â = SozR 42500 Â§Â 120 NrÂ 4, RdNrÂ 17Â f; BSG vom 28.1.2021 Â BÂ 8Â SO 6/19Â RÂ BSGE 131, 240Â = SozR 43500 Â§Â 77 NrÂ 4, RdNrÂ 10; Keller in Meyer-Ladwig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13.Â Aufl 2020, Vor Â§Â 143 RdNrÂ 6). Zwar ist das LSG dem Vorbringen der KlÃ¤gerin gefolgt, soweit diese davon ausgegangen ist, dass es an einem AufklÃ¤rungshinweis der Schiedsstelle zur Vorlage weiterer Unterlagen fehlte (vgl hierzu BSG vom 29.1.2009 Â BÂ 3Â P 7/08Â RÂ BSGE 102, 227Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 1, RdNrÂ 43). Die KlÃ¤gerin ist aber entgegen der BegrÃ¼ndung der angegriffenen Entscheidung weiter der Ansicht, dass die von der Beklagten und nachfolgend vom LSG zugrunde gelegten Anforderungen an die Nachweispflichten sowie die MaÃstÃ¤be fÃ¼r die Plausibilisierung der Gestehungskosten nicht mit materiellem Recht Ã¼bereinstimmen.

10
3.Â Rechtsgrundlage des im Streit stehenden Schiedsspruchs in formeller Hinsicht ist Â§Â 76 SGBÂ XI (idF des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes vom 28.5.2008, BGBlÂ I 874) iVm Â§Â 85 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ XI sowie Â§Â 87 SatzÂ 3 HalbsatzÂ 1 SGBÂ XI (idF des Dritten PflegestÃ¤rkungsgesetzes Â PSGÂ III vom 23.12.2016, BGBlÂ I 3191 bzw des Pflege-Versicherungsgesetzes vom 26.5.1994, BGBlÂ I 1014), wonach die Schiedsstelle mit der Mehrheit ihrer Mitglieder (Â§Â 76 AbsÂ 3 SatzÂ 4 SGBÂ XI) die PflegesÃ¤tze und Entgelte fÃ¼r Unterkunft und Verpflegung ua dann unverzÃ¼glich festsetzt, wenn eine Vereinbarung darÃ¼ber innerhalb von sechs Wochen nach schriftlicher Aufforderung zur Verhandlung nicht zustande gekommen ist.

11
4.Â Materiell-rechtliche Grundlage des danach zu treffenden Schiedsspruchs bezogen auf die VergÃ¼tung der allgemeinen Pflegeleistungen durch PflegesÃ¤tze ist Â§Â 82 AbsÂ 1 SatzÂ 1 NrÂ 1 und AbsÂ 2 SGBÂ XI (in der zuletzt durch das Zweite PflegestÃ¤rkungsgesetzÂ PSGÂ II vom 21.12.2015, BGBlÂ I 2424 geÃ¤nderten Fassung) iVm den BemessungsgrundsÃ¤tzen des Â§Â 84 AbsÂ 2 SGBÂ XI sowie den Darlegungsanforderungen nach Â§Â 85 AbsÂ 3 SGBÂ XI (jeweils in der zuletzt durch das PSGÂ III geÃ¤nderten Fassung).

12
Hiernach sind, wie der Senat in teilweiser Abkehr von frÃ¼herer Rechtsprechung in nunmehr stÃ¤ndiger Spruchpraxis entschieden hat, Pflegesatzverhandlungen und eventuell nachfolgende Schiedsstellenverfahren grundsÃ¤tzlich nach einem zweigliedrigen PrÃ¼fschema durchzufÃ¼hren: Grundlage der Verhandlung Ã¼ber PflegesÃ¤tze und Entgelte ist zunÃ¤chst die AbschÃ¤tzung der voraussichtlichen Kosten der in der Einrichtung erbrachten Leistungen nach Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 2 HalbsatzÂ 1 und SatzÂ 3 SGBÂ XI (Prognose). Daran schlieÃt sich in einem zweiten Schritt die PrÃ¼fung der Leistungsgerechtigkeit nach den im Kern seit EinfÃ¼hrung der Pflegeversicherung unverÃ¤nderten MaÃgaben insbesondere von Â§Â 84 AbsÂ 2 SatzÂ 1 undÂ 4 SGBÂ XI an, die der Gesetzgeber im Laufe der Zeit im Anschluss an die Rechtsprechung des erkennenden Senats verschiedentlich weiter ausgeformt hat. MaÃgebend hierfÃ¼r sind die KostenansÃ¤tze vergleichbarer Leistungen in anderen Einrichtungen (externer Vergleich). Danach sind

PflegesÃ¤tze dann leistungsgerecht iS von Â§Â 84 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ XI, wenn erstens die voraussichtlichen Gestehungskosten der Einrichtung nachvollziehbar und plausibel dargelegt werden und sie zweitens unter BerÃ¼cksichtigung einer angemessenen Gewinnchance (vgl hierzu Urteil des Senats vom 19.4.2023 Â BÂ 3Â P 6/22Â R) in einer angemessenen und nachprÃ¼fbaren Relation zu den SÃ¤tzen anderer vergleichbarer Einrichtungen stehen. Geltend gemachte PflegesÃ¤tze sind dann nicht angemessen, wenn KostenansÃ¤tze und erwartete Kostensteigerungen nicht plausibel erklÃ¤rt werden kÃ¶nnen oder die begehrten SÃ¤tze im VerhÃ¤ltnis zu anderen Pflegeeinrichtungen unangemessen sind (vgl grundlegend BSG vom 29.1.2009 Â BÂ 3Â P 7/08Â RÂ BSGE 102, 227Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 1, RdNrÂ 18Â ff; daran anschlieÃend BSG vom 17.12.2009 Â BÂ 3 PÂ 3/08Â RÂ BSGE 105, 126Â = SozR 43300 Â§Â 89 NrÂ 2, RdNrÂ 50 ff; BSG vom 16.5.2013 Â BÂ 3 PÂ 2/12Â RÂ BSGE 113, 258Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 4, RdNrÂ 14; zuletzt BSG vom 26.9.2019 Â BÂ 3 PÂ 1/18Â RÂ BSGE 129, 116Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 5, RdNrÂ 27). Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Entgelte fÃ¼r Unterkunft und Verpflegung einer Pflegeeinrichtung gelten grundsÃ¤tzlich dieselben MaÃgaben wie bei der Leistungsgerechtigkeit der PflegesÃ¤tze (vgl hierzu im Einzelnen Urteil des Senats vom 19.4.2023 Â BÂ 3Â P 6/22Â R).

13
5.Â Aus den gesetzlichen Vorgaben ergibt sich, dass Pflegeeinrichtungen in Verhandlungen und etwaigen Schiedsverfahren die ihrer VergÃ¼tungsforderung zugrunde liegenden KostenansÃ¤tze nachvollziehbar darlegen und bei Zweifeln weitere Belege dafÃ¼r beibringen mÃ¼ssen, dass ihre VergÃ¼tungsforderung auf einer plausiblen Kalkulation der voraussichtlichen Gestehungskosten beruht.

14
Hierzu hat der Gesetzgeber folgende GrundsÃ¤tze in Â§Â 85 AbsÂ 3 SGBÂ XI aufgenommen: Das Pflegeheim hat Art, Inhalt, Umfang und Kosten der Leistungen, fÃ¼r die es eine VergÃ¼tung beansprucht, durch Pflegedokumentationen und andere geeignete Nachweise rechtzeitig vor Beginn der Pflegesatzverhandlungen darzulegen (Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 2 HalbsatzÂ 1 SGBÂ XI). Soweit dies zur Beurteilung seiner Wirtschaftlichkeit und LeistungsfÃ¤higkeit im Einzelfall erforderlich ist, hat das Pflegeheim auf Verlangen einer Vertragspartei zusÃ¤tzliche Unterlagen vorzulegen und AuskÃ¼nfte zu erteilen (Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ XI). Hierzu gehÃ¶ren auch pflegesatzerhebliche Angaben zum Jahresabschluss entsprechend den GrundsÃ¤tzen ordnungsgemÃ¤Ãer PflegebuchfÃ¼hrung, zur personellen und sachlichen Ausstattung des Pflegeheims einschlieÃlich der Kosten sowie zur tatsÃ¤chlichen Stellenbesetzung und Eingruppierung (Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 4 SGBÂ XI). Dabei sind insbesondere die in der Pflegesatzverhandlung geltend gemachten, voraussichtlichen Personalkosten einschlieÃlich entsprechender ErhÃ¶hungen im Vergleich zum bisherigen Pflegesatzzeitraum vorzuweisen (Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 5 SGBÂ XI).

15
Gesetzlich ausdrÃ¼cklich vorgegeben ist damit, dass fÃ¼r die PrÃ¼fung der PlausibilitÃ¤t von PflegesÃ¤tzen und Entgelten im Einzelfall auch auf in der

Vergangenheit tatsÃ¤chlich angefallene Kosten abgestellt werden kann. Die Verpflichtung der Einrichtung nach Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 5 SGBÂ XI, die in der Pflegesatzverhandlung geltend gemachten, voraussichtlichen Personalkosten einschlieÃlich entsprechender ErhÃ¶hungen im Vergleich zum bisherigen Pflegesatzzeitraum vorzuweisen, greift unter den Voraussetzungen des Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ XI, also soweit dies im Einzelfall zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und LeistungsfÃ¤higkeit erforderlich ist. Bereits zuvor hatte der Senat den in Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 2 bisÂ 4 SGBÂ XI enthaltenen Verpflichtungen des Pflegeheims entnommen, dass bei Zweifeln Ã¼ber die voraussichtlichen kÃ¼nftigen Gestehungskosten die Nachweispflicht der Einrichtung im Einzelfall bis zum Nachweis der in der Vergangenheit angefallenen Kosten reichen und die Pflegeeinrichtung im Zweifelsfall zu einer weitgehenden Offenlegung ihrer betriebswirtschaftlichen Berechnungsgrundlagen verpflichtet sein kann (vgl BSG vom 29.1.2009 Â BÂ 3Â P 7/08Â RÂ BSGE 102, 227Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 1, RdNrÂ 26, 39). Hieran anknÃ¼pfend wollte der Gesetzgeber mit der AnfÃ¼gung von Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 5 SGBÂ XI durch das PSGÂ III die Vorlagepflichten der Einrichtung bezogen sowohl auf den zurÃ¼ckliegenden Zeitraum der bisherigen Vereinbarung als auch fÃ¼r den kÃ¼nftigen Zeitraum vorgesehene ErhÃ¶hungen bzw Lohnsteigerungen betonen (vgl BTDrucks 18/10510 SÂ 115Â f).

16
Da es keine detaillierten Festlegungen des Gesetzgebers dazu gibt, welche Unterlagen in VergÃ¼tungsverhandlungen von den Einrichtungsbetreibern verlangt werden kÃ¶nnen bzw von diesen vorgelegt werden mÃ¼ssen, hat die Schiedsstelle bei ihrer Bewertung, welche (ggf weiteren) Unterlagen und Nachweise sie benÃ¶tigt, einen weiten Spielraum. Diesen kann die Schiedsstelle durch eigene Wertungen und eine Auswahlentscheidung ausfÃ¼llen, ohne von vornherein auf diejenigen Unterlagen beschrÃ¤nkt zu sein, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Vertragspartner iS von Â§Â 85 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ XI â auf Verlangen einer Vertragsparteiâ vorzulegen sind (vgl BSG vom 29.1.2009 Â BÂ 3Â P 7/08Â RÂ BSGE 102, 227 =Â SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 1, RdNrÂ 13).

17
6.Â Im Schiedsverfahren Ã¼ber PflegevergÃ¼tungen nach dem SGBÂ XI hat sich die Schiedsstelle nach der Rechtsprechung des Senats im Rahmen ihrer Letztverantwortung fÃ¼r die von ihr festzusetzenden PflegesÃ¤tze und Entgelte (vgl BSG vom 26.9.2019 Â BÂ 3Â P 1/18Â RÂ BSGE 129, 116Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 5, RdNrÂ 34: Gesamtverantwortung) grundsÃ¤tzlich von allen UmstÃ¤nden (selbst) zu Ã¼berzeugen, die fÃ¼r deren Leistungsgerechtigkeit und Angemessenheit bedeutsam sind (Â§Â 20 AbsÂ 2 SGBÂ X). Nicht zuletzt wegen der Bindungswirkung fÃ¼r die weder an Vertragsverhandlungen noch an Schiedsverfahren beteiligten Pflegeversicherten erfordert das von der Schiedsstelle die eigene Ãberzeugung, dass die festgesetzten PflegesÃ¤tze und Entgelte auch im Vergleich mit den AnsÃ¤tzen anderer vergleichbarer Einrichtungen als leistungsgerecht bzw angemessen anzusehen sind und auf zutreffend ermittelten voraussichtlichen Gestehungskosten beruhen, die den GrundsÃ¤tzen wirtschaftlicher BetriebsfÃ¼hrung entsprechen und der Pflegeeinrichtung erlauben, ihren Versorgungsauftrag zu erfÃ¼llen. Deshalb tritt die Verantwortung der

Schiedsstelle fÃ¼r das Ergebnis ihrer Entscheidung nicht deshalb oder in dem MaÃ□e zurÃ¼ck, weil oder soweit die Vertragspartner selbst vor Anrufung der Schiedsstelle in einzelnen Fragen VerstÃ¤ndigungen erzielt haben; daran hÃ¤lt der Senat fest (vgl BSG vom 26.9.2019 Â BÂ 3Â P 1/18Â RÂ BSGE 129, 116Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 5, RdNrÂ 34). Insofern unterscheidet sich das Verfahren hier von anderen Schiedsverfahren nach dem SGB. Â

18
7.Â Inwieweit einer Schiedsstelle im Rahmen ihrer Ã□berzeugungsbildung die von der Einrichtung nach MaÃ□gabe der pflegeversicherungsrechtlichen Anforderungen vorzulegenden Nachweise zur Plausibilisierung der voraussichtlichen Gestehungskosten ausreichen oder nicht ausreichen, unterliegt ihrer gerichtlich nur eingeschrÃ¤nkt Ã¼berprÃ¼fbaren EinschÃ¤tzung nach MaÃ□gabe des Untersuchungsgrundsatzes.

19
a)Â Nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des erkennenden Senats fÃ¼r das SGBÂ XI und der weiteren Senate des BSG fÃ¼r andere Gebiete des Sozialrechts ist bei der gerichtlichen PrÃ¼fung von Schiedsstellenentscheidungen von einer eingeschrÃ¤nkten Kontrolldichte auszugehen. Der Schiedsspruch stellt seiner Natur nach einen Interessenausgleich durch ein sachnahes und un-abhÃ¤ngiges Gremium dar. Insbesondere mit der paritÃ¤tischen Zusammensetzung, dem Mehr-heitsprinzip und der fachlichen Weisungsfreiheit (Â§Â 76 AbsÂ 3 SGBÂ XI) will der Gesetzgeber die FÃ¤higkeit dieses SpruchkÃ¶rpers zur vermittelnden ZusammenfÃ¼hrung unterschiedlicher Interes-sen und zu einer Entscheidungsfindung nutzen, die nicht immer die einzig sachlich vertretbare ist und hÃ¤ufig Kompromisscharakter aufweist. Gleichwohl haben die Schiedsstellen eine umfassende AufklÃ¤rungspflicht und dÃ¼rfen AufklÃ¤rungsermittlungen auf beiden Seiten durchfÃ¼hren. Sie mÃ¼ssen aber das Beschleunigungsgebot beachten (Â§Â 85 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ XI) und sollten Auflagen zur SachverhaltsklÃ¤rung mÃ¶glichst schon mit der Ladung zum Schiedstermin verbinden. Die MÃ¶glichkeit zum Erlass von Beweislastentscheidungen ist nicht ausgeschlossen, falls eine der Schiedsparteien den gemachten Auflagen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt, in der Praxis aber durch den Umstand beschrÃ¤nkt, dass ein Schiedsspruch auch unmittelbare Wirkung fÃ¼r die am Verfahren nicht direkt beteiligten Heimbewohner besitzt (Â§Â 85 AbsÂ 6 SatzÂ 1 SGBÂ XI) und diese nicht â□□Opferâ□□ von Beweislastentscheidungen werden dÃ¼rfen (stRspr; vgl zum SGBÂ XI nur BSG vom 29.1.2009 Â BÂ 3Â P 7/08Â RÂ BSGE 102, 227Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 1, RdNrÂ 41; BSG vom 25.1.2017 Â BÂ 3Â P 3/15Â RÂ BSGE 122, 248Â = SozR 43300 Â§Â 76 NrÂ 1, RdNrÂ 29 mwN).

20
b)Â Es entspricht auch der stÃ¤ndigen Rechtsprechung des Senats, dass das Zustandekommen des Vertrags oder ggf einzelner Vertragsbestandteile letztlich Â notfalls unter Einschaltung der SchiedsstelleÂ von den Beteiligten erzwungen werden kann. Bei den von der Schiedsstelle getroffenen Regelungen handelt es sich daher nicht â□□ auch nicht mittelbar â□□ um vertragsautonome Entscheidungen der Beteiligten, sondern um Akte staatlicher Rechtsetzung, weshalb der Schiedsspruch

der Schiedsstelle nach Â§Â 76 SGBÂ XI auch als Verwaltungsakt zu qualifizieren ist. Deshalb ist hier der Amtsermittlungsgrundsatz sachnÃ¤her als der Beibringungsgrundsatz (eingehend BSG vom 25.1.2017 Â BÂ 3Â P 3/15Â RÂ BSGE 122, 248Â = SozR 43300 Â§Â 76 NrÂ 1, RdNrÂ 44; BSG vom 26.9.2019 Â BÂ 3Â P 1/18Â RÂ BSGE 129, 116Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 5, RdNrÂ 33Â f; zuvor ebenso BSG vom 29.1.2009 Â BÂ 3 PÂ 7/08Â RÂ BSGE 102, 227 = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 1, RdNrÂ 41).

21
c)Â Allerdings Ã¤ndert das nichts daran, dass das Schiedsstellenverfahren seiner gesetzlichen Konzeption nach als Streitschlichtungsregulativ in einem grundsÃ¤tzlich auf eine vertragliche VergÃ¼tungsbestimmung ausgerichteten System angelegt ist. Der Schiedsstelle ist deshalb keine Preisregulierungsfunktion zugewiesen (vgl dagegen das Erfordernis der behÃ¶rdlichen Zustimmung zur gesonderten Berechnung betriebsnotwendiger Investitionsaufwendungen nach Â§Â 82 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ XI), sondern die KlÃ¤rung derjenigen Streitpunkte, Ã¼ber die die Vertragspartner keine Einigung erzielen konnten. Ãber den Streitstoff und den deshalb ggf weiter zu ermittelnden Sachverhalt bestimmen deshalb im Wesentlichen die Vertragspartner selbst mit ihrem Vorbringen. Dabei werden die KostentrÃ¤ger auch nach Einleitung des Schiedsverfahrens nicht frei aus ihrer TreuhÃ¤nderstellung im VerhÃ¤ltnis zu den Versicherten (vgl nur BSG vom 14.12.2000 Â BÂ 3Â P 19/00Â RÂ BSGE 87, 199Â = SozR 33300 Â§Â 85 NrÂ 1, juris RdNrÂ 17) und den daraus sich ergebenden Rechtspflichten bei der ÃberprÃ¼fung der von Einrichtungsseite getroffenen Angaben und vorgelegten Unterlagen (BSG vom 29.1.2009 Â BÂ 3Â P 7/08Â RÂ BSGE 102, 227Â = SozR 43300 Â§Â 85 NrÂ 1, RdNrÂ 39). Daher ist das Schiedsverfahren in besonderem MaÃe von den Mitwirkungspflichten der Beteiligten geprÃ¤gt, weshalb die Schiedsstelle in Ermangelung eines Verwaltungsunterbaus und im Hinblick auf ihre Stellung und Funktion ihrer Amtsermittlungspflicht regelmÃ¤Ãig genÃ¼gt, wenn sie solche Angaben und Unterlagen von den Vertragspartnern anfordert, denen sie im Rahmen ihres Beurteilungsspielraums Bedeutung beimessen mÃ¶chte oder denen nach der Rechtslage fÃ¼r die Schiedsstellenentscheidung Bedeutung beizumessen ist (BSG vom 25.1.2017 Â BÂ 3Â P 3/15Â RÂ BSGE 122, 248Â = SozR 43300 Â§Â 76 NrÂ 1, RdNrÂ 45).

22
In gleicher Weise wie die Schiedsstelle bei der abschlieÃenden Bewertung von weiteren Ermittlungen absehen kann, wenn sie am Vorbringen einer Pflegeeinrichtung weder selbst Zweifel haben muss noch auf solche substantiiert hingewiesen wird (vgl hierzu nÃ¤her Urteil des Senats vom 19.4.2023 Â BÂ 3Â P 6/22Â RÂ), ist es gerichtlich ebenfalls nicht zu beanstanden, wenn eine Schiedsstelle von einer Einrichtung weitergehende Nachweise gestÃ¼tzt auf GrÃ¼nde fordert, die nicht als Ermessensfehlgebrauch anzusehen sind, also insbesondere die aufgezeigten gesetzlichen Vorgaben beachten.

23
8.Â Gemessen an diesen MaÃstÃ¤ben ist das LSG zutreffend davon ausgegangen, dass die Festlegungen der Schiedsstelle zu den Nachweispflichten der KlÃ¤gerin

nicht ermessensfehlerhaft sind.

24
FÃ¼r die Nachvollziehbarkeit und PlausibilitÃ¤t der von der Schiedsstelle zu beurteilenden Kostenstruktur der Pflegeeinrichtung reicht die Vorlage einer reinen Kostenkalkulation ohne weitere Angaben in aller Regel nicht aus; diese ist vielmehr hinreichend zu belegen und muss tatsÃ¤chlich nachvollziehbar sein. Dass die Aufforderung der Beklagten angesichts eines Ã¼ber die Lohnsteigerungsrate hinausreichenden VergÃ¼tungsbegehrens der KlÃ¤gerin zur Vorlage weiterer Unterlagen insbesondere im Hinblick auf den anteiligen Kostenansatz fÃ¼r zwei LeiharbeitskrÃ¤fte fÃ¼r den gesamten Vereinbarungszeitraum und zur KlÃ¤rung offen gebliebener Fragen zum Zeitpunkt von Gehaltsanhebungen als ermessensmissbrÃ¤uchlich anzusehen wÃ¤re, vermag der Senat auch unter BerÃ¼cksichtigung des Revisionsvorbringens hiernach nicht zu erkennen.

25
Ermessensfehlerfrei durfte die Schiedsstelle weiter davon ausgehen, dass auch die angesetzten Kosten fÃ¼r die zentrale Verwaltung mit einer entsprechenden Umlage und diejenigen im Bereich von Fremddienstleistungen auf den Vorvereinbarungszeitraum bezogene Nachweispflichten begrÃ¼nden konnten. Auch dies betrifft die Nachvollziehbarkeit und PlausibilitÃ¤t der Gestehungskosten vor dem Hintergrund der erheblichen Steigerung der angesetzten VergÃ¼tungen, nicht jedoch den externen Vergleich.

26
Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 2, Â§Â 162 AbsÂ 3 VwGO.

Â

Erstellt am: 12.10.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024